UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
NOV 2 1936
LIBRARY

Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

Alles Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Verzeichnung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 10. Oktober	Nr. 1334

Deutscher Luftattaché in Paris.

Berlin, 10. Oktober. Mit dem 1. Oktober hat Deutschland die dritte Stelle eines unabhängigen Luftattachés im Ausland geschaffen. Als solcher wurde der Deutschen Botschaft in Paris der Oberst der Luftwaffe Freiherr von Freyberg zugeteilt. Die beiden anderen bisher ernannten Luftattachés befinden sich bei den Botschaften in London und Rom.

Dr. Raimund Köhler in New York.

New York, 10. Oktober. Auf einem Frühstück sprach der zurzeit in Amerika weilende Präsident der Leipziger Messe, Dr. Raimund Köhler, vor der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer über den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft im Dritten Reich. Unter großem Beifall schilderte er die gewaltigen Fortschritte der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren und wies darauf hin, daß zahlreiche deutsche Maßnahmen in Amerika nicht nur Beachtung, sondern sogar Nachahmung gefunden hätten. Abschließend betonte der Redner die Bedeutung und Wichtigkeit des deutsch-amerikanischen Handels.

Dann wies Generalkonsul Dr. Borchers darauf hin, daß die Bedeutung der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in den letzten Jahren stark gestiegen sei.

Dem Frühstück wohnten zahlreiche Persönlichkeiten des amerikanischen Wirtschaftslebens bei, was als ein Beweis für das starke Interesse an der Leipziger Messe zu werten sein dürfte. Der Direktor der Auslandsstellung der Messe in New York stattfindenden Weltausstellung, E. F. Roosevelt, drückte in einer Ansprache den Wunsch aus, daß Deutschland an dieser Weltausstellung teilnehmen möge.

Amtliche Verlautbarung über den Wiener Ministerrat.

Wien, 10. Oktober. Am Sonnabend vormittag wurde folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben:

„In einem außerordentlichen Ministerrat erstattete der Bundeskanzler einen ausführlichen Bericht über die politische Lage. Er verwies darauf, daß die Ueberführung der Wehrverbände, die seinerzeit als gesetzliche Schutzkorpsverbände erklärt wurden, in eine neu zu schaffende Miliz grundsätzlich beschlossen und der Zeitpunktfrist bekannt gegeben wurde. Der Bundeskanzler betonte die dringende Notwendigkeit, alle Hemmungen zu beseitigen, die geeignet sein könnten, jene Entwicklung zu stören, die durch das Gesetz über die Bundesdienstpflicht und durch ein neues Gesetz über die Vaterländische Front (Frontmiliz) angebahnt wurden. In diesem Sinne legte der Bundeskanzler dem Ministerrat einen Gesetzentwurf vor, der die Abänderung einiger Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Vaterländische Front, betreffend die Frontmiliz, zum Gegenstand hat.

Nach Erstattung dieses Berichts gaben Vizekanzler Baar-Barenfels und die Bundesminister Dr. Draxler und Dr. Pernther (erstere zwei gehören dem Heimatschutz, letzterer den Ostmärkischen Sturmscharen an) dem Bundeskanzler ihr Einblick auf ihre Verbindung mit den Wehrverbänden ihre Demission, die der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten übermittelte.

„Der Ministerrat beschloß sodann ein Gesetz, durch das alle Wehrverbände aufgelöst sind. Hierauf unterbrach der Bundeskanzler den Ministerrat, um dem Bundespräsidenten Bericht zu erstatten. Er verwies darauf, daß infolge der Auflösung der Wehrverbände die Gründe, die für die Demission der Wehrverbandsmitglieder bestimmend waren, in Wegfall gekommen sind, und schlug dem Bundespräsidenten die Wiederernennung dieser Kabinettsmitglieder vor. Der Bundespräsident hat diesen Vorschlag angenommen und die Ernennung vollzogen.

„Nunmehr trat der Ministerrat neuerlich zusammen. Er beschloß, den Wehrverbänden für ihre ehrenreichen und verdienstvollen Leistungen beim Aufbau des neuen Staates den Dank der Bundesregierung auszusprechen. Er gab zugleich der Erwartung Ausdruck, daß die wehrhaften Mitglieder der Wehrverbände ihre bewährten Kräfte in den Reihen der Frontmiliz auch weiterhin dem Vaterlande zur Verfügung stellen.

„Der Ministerrat beauftragte sodann ein Ministerkomitee mit der Formulierung ergänzender Bestimmungen für den Aufbau der Frontmiliz und zur Ueberführung der militanten Mitglieder der Wehrverbände in die Frontmiliz. Der Ministerrat ist der Auffassung, daß gemäß dem vom Bundeskanzler vorgelegten Entwurf die nachfolgenden Grundsätze für den Aufbau der Frontmiliz bindend sind:

„Als wichtiges und notwendiges Element der Landesverteidigung hat die Frontmiliz in allen Fragen der Organisation, Bewaffnung, Ausrüstung und Ausbildung enge Verbindung mit dem Bundesheere zu halten. Die Verwaltungsgeschäfte der Frontmiliz werden vom Bundesministerium für Landesverteidigung geführt. Die Frontmiliz ist berufen, die Tradition der freiwilligen Wehrverbände fortzuführen. Das erwähnte Ministerkomitee hat die Ergebnisse seiner Beratungen einem für den 14. d. M. einberufenen Ministerrat vorzulegen.

„Der Bundeskanzler verwies weiter unter Bezug auf die Bundesverfassung darauf, daß für die über seinen Vorschlag vom Bundespräsidenten ernannten Mitglieder der Regierung keinerlei andere Bindungen für ihre Tätigkeit in der Regierung maßgebend sein könnten. Der Ministerrat nahm diese Feststellung einstimmig zur Kenntnis. Abschließend gab der Ministerrat der Ueberzeugung Ausdruck, daß es auch weiterhin die vordringliche Aufgabe der Bundesregierung ist, alle Kräfte auf die wirtschaftlichen Aufgaben zu konzentrieren und auf diese Weise der weiteren Konsolidierung des Staates und der Wohlfahrt aller Schichten der Bevölkerung zu dienen."

Die innerpolitische Wendung in Oesterreich.

Wien, 10. Oktober. Die Wendung, die die innerpolitische Entwicklung in der letzten Nacht genommen hat, trägt geradezu historischen Charakter. Der Heimatschutz, der seit einem Jahrzehnt im Vordergrund des politischen Lebens in Oesterreich stand, ist verschwunden, Starhemberg ist ausgeschaltet.

Die Auflösung der Wehrverbände trifft praktisch nur den Heimatschutz. Die Auflösung der Ostmärkischen Sturmscharen und des Freiheitsbundes, die beide Dr. Schuschnigg unterstanden, ist politisch bedeutungslos, da sie keine eigene, sondern die Zielrichtung des Bundeskanzlers verfolgten. Ueberdies sind alle ihre Mitglieder bereits zu der im Mai gegründeten Miliz der Vaterländischen Front übergetreten.

Die am Sonnabend morgen zum Abschluß gekommene Entwicklung bahnte sich im Mai an. Dr. Schuschnigg zwang damals Starhemberg zum Austritt aus der Regierung und ordnete gleichzeitig die freiwillige Miliz der Vaterländischen Front, in die alle Mitglieder der Wehrverbände eintreten konnten. Während die Mitglieder der Ostmärkischen Sturmscharen und des Freiheitsbundes diesem Rufe sofort folgten, waren die Heimwehren entschlossen, ihre Organisationen nicht preiszugeben. Es bestand alle neben der Vaterländischen Front, die nach dem Wunsche Dr. Schuschniggs die einzige politische Organisation bilden sollte, noch der Heimatschutz, der unter Führung Starhembergs zum mindesten eine eigene, persönliche Zielrichtung verfolgte.

Diese Lage drängte zur Klärung. Man glaubte im Lager der österreichischen Regierung den Augenblick für gekommen, als sich in der Heimwehr Spaltungserscheinungen zeigten. Die Verhandlungen, die gleichlaufend mit dem Ministerrat während der vergangenen Nacht mit Starhemberg geführt wurden, scheiterten endgültig. Starhemberg berief seine Minister daraufhin aus dem Kabinett.

Zu dieser Stunde dachte man daran, nur ein Milizzwangsgesetz zu schaffen, das praktisch aber noch nicht formell den Heimatschutz beseitigt hätte. Schuschnigg entschloß sich aber im Laufe der weiteren Stunden, den Weg zu Ende zu gehen und die Wehrverbände aufzulösen. Schließlich gelang es ihm auch, die Heimatschutz-Minister Baar-Barenfels und Dr. Draxler von der Notwendigkeit der Konzentration der Kräfte zu überzeugen. Diese sagten sich von Starhemberg los. Freilich bleibt zu bedenken, daß die Regierungsbasis abermals schmäler geworden ist.

Da gewisse Besürchtungen wegen etwaiger Heimwehrunruhen bestehen, hat die Exekutive — Polizei, Gendarmerie und Heer — höchste Bereitschaft angeordnet.

Genaue Einzelheiten über die neue Frontmiliz sind noch nicht bekannt. Eine unmittelbare Ueberführung der Heimatschutzmitglieder in die Frontmiliz ist daher noch nicht spruchreif.

Rücktrittsgesuch des Gouverneurs Dr. Englisch.

Prag, 9. Oktober. Der Gouverneur der Nationalbank, Professor Dr. Karl Englisch, hat wegen der Währungsmaßnahmen der Regierung sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Dr. Hodscha beschloß der Präsident der Republik, das Gesuch nicht anzunehmen.

Aufruf des polnischen Winterhilfe-Ausschusses.

Warschau, 10. Oktober. Das am Freitag in Anwesenheit des Staatspräsidenten eingeladene „Allpolnische Komitee der Winterhilfe für die Arbeitslosen" erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, durch Opfergaben die Not der Arbeitslosen zu lindern. Der Selbsterhaltungstrieb der Nation müsse dazu führen, daß alle Bürger einen Teil ihres Einkommens oder Vermögens dem Hilfswerk für die Arbeitslosen nicht als Almosen, sondern als Abtragung einer sozialen Schuld zur Verfügung stellten.

Belgischer Ministerrat.

Brüssel, 10. Oktober. Bei einem Ministerrat gab der Außenminister die Richtlinien bekannt, die er dem belgischen Vertreter beim Londoner Nichteinmischungsausschuß hat zugehen lassen. Sie laufen auf eine Politik der völligen Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheiten hinaus.

Der Ministerrat prüfte weiter die innerpolitische Lage und erklärte alle Gerüchte über innere Schwierigkeiten für falsch. Die Regierung sei fest entschlossen, in völliger Einmütigkeit ihre Anstrengungen fortzusetzen und werde sich daran nicht durch irgendwelche Ränke hindern lassen. Die Regierung werde ihre Tätigkeit von dem Parlament in voller Klarheit bekanntgeben.

Am kommenden Mittwoch wird das Kabinett unter Vorsitz des Königs erneut zusammentreten, um einen Gesetzentwurf über die Aenderung des Heeresergänzungsgesetzes zu prüfen.

Zur Unterredung Eden-Blum.

London, 10. Oktober. Die Pariser Berichterstatter der englischen Zeitungen teilen übereinstimmend mit, daß Eden und Blum am Freitag die Frage der Nichteinmischungspolitik Spaniens gegenüber erörtert hätten.

Der Berichterstatter der **Times** sagt, es könne kein Zweifel darüber herrschen, daß Blum betont habe, die britische Regierung müßte alle Anstrengungen machen, um das Abkommen wirksam zu gestalten. Diese Zusicherung habe Eden gegeben.

Der Pariser Berichterstatter des **Daily Telegraph** glaubt, daß der französische Botschafter in London bereits eine Zusicherung gegeben habe, wonach trotz Drängens der Linken Blum nicht von der Nichteinmischungspolitik abgehen werde.

Die Sitzung des Nichteinmischungsausschusses.

London, 10. Oktober. Für die Morgenpresse ist die Sitzung des Nichteinmischungsausschusses das Thema des Tages. Besonders der italienische Gegenstoß hat allgemein tiefen Eindruck gemacht. Da die Sitzung erst um Mitternacht schloß, haben die Zeitungen noch keine Gelegenheit gehabt, von sich aus Stellung zu nehmen. Aufmachung und Ueberschriften lassen jedoch deutlich erkennen, daß die sowjetrussischen Argumente ihren Eindruck auf die Oeffentlichkeit völlig verfehlt haben. Nach wie vor sieht die Presse in dem sowjetrussischen Vorstoß nichts anderes als ein taktisches Manöver, das nicht dazu angetan sei, die Zusammenarbeit der Völker oder gar die Arbeit des Ausschusses zu fördern.

Der Bericht des diplomatischen Mitarbeiters der **Times** hebt besonders die Bemerkung des deutschen Vertreters, Botschaftsrats Fürst Bismarck, hervor, wonach der Sowjetvorstoß als rein politischer Schachzug zu werten sei.

Der **Daily Telegraph** sagt, die Sitzung habe im Zeichen energischer Proteste des italienischen und des deutschen Vertreters sowie des zeitweiligen Ausscheidens des portugiesischen Vertreters gestanden.

Der diplomatische Berichterstatter der **Morning Post** sagt, zur großen Ueberraschung aller Vertreter habe Grandi gleich zu Beginn der Sitzung die Offensive ergriffen. Die Feststellungen Grandis über die praktischen Hilfsmaßnahmen der Sowjets für die Madrider Regierung werden besonders hervorgehoben.

Die **Daily Mail** stellt die Angriffe Grandis auf Moskau in den Vordergrund und hebt ebenfalls die Verantwortlichkeit der Sowjetunion hervor.

Anschlag auf italienischen Konsulatsangestellten.

Paris, 10. Oktober. Ein Angestellter des italienischen Konsulats in Metz ist am Freitag überfallen und durch einen Revolverschuß schwer verletzt worden. Die Tat geschah, als sich der Italiener zu Fuß in seine in einem Vorort gelegene Wohnung begeben wollte. Der Täter, der in einem Kraftwagen an einer Wegkreuzung gewartet hatte, konnte entkommen.

Die Umklammerung Madrids vollzogen.

Sevilla, 9. Oktober. Durch die Einnahme von San Martin Val de Iglesias ist die Umklammerung Madrids vollständig geworden. Die nationalen Kolonnen bilden nunmehr eine bogenförmige ausgedehnte Front, deren rechter Flügel seinen äußersten Stützpunkt an Tajo in der Nähe Olias hat.

Die Bevölkerung von San Martin Val de Iglesias feierte begeistert die einziehenden Truppen. 25 junge Mädchen, zahlreiche Einwohnerinnen und Sommergäste, die von den Marxisten in das Gefängnis geworfen worden waren, jedoch infolge plötzlichen Erscheinens der Nationalisten nicht mehr mitgeschleppt werden konnten, wurden befreit, wobei es zu rührenden Szenen kam. Zu den Nationalisten gingen 49 Polizeibeamte und zahlreiche Angehörige des Heeres, die auf der Seite der Roten gestanden hatten, über.

42 km vor Madrid.

Sevilla, 10. Oktober. Die drei nationalistischen Kolonnen, die im Sektor Toledo eingesetzt sind, sind nur noch 42, 48 bezw. 50 km von Madrid entfernt.

Die Kennzahl der Großhandelspreise vom 7. Oktober.

Berlin, 10. Oktober.

Kennzahlgruppen	1913 = 100 30. Sept.	1936 7. Okt.	Veränderung in v. H.
I. Agrarstoffe			
1. Pflanzliche Nahrungsmittel	111,1	110,6	— 0,5
2. Schlachtvieh	92,2	91,7	— 0,5
3. Tiererzeugnisse	111,7	111,7	0,0
4. Futtermittel	103,5	103,6	+ 0,1
Agrarstoffe zusammen	104,7	104,4	— 0,3
5. Kolonialwaren	85,7	85,9	+ 0,2
II. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren			
6. Kohle	114,0	114,6	+ 0,5
7. Eisenrohstoffe und Eisen	102,5	102,5	0,0
8. Metalle (außer Eisen)	52,6	52,5	— 0,2
9. Textilien	89,1	89,4	+ 0,3
10. Häute und Leder	71,9	72,1	+ 0,3
11. Chemikalien	[1])101,5	[2])101,9	—
12. Künstliche Düngemittel	65,2	65,3	+ 0,2
13. Kraftstoffe und Schmierstoffe	93,9	93,9	0,0
14. Kautschuk	14,9	14,9	0,0
15. Papierhalbwaren und Papier	102,3	102,3	0,0
16. Baustoffe	114,5	114,5	0,0
Industr. Rohst. u. Halbw. zus.	94,3	94,5	+ 0,2
III. Industrielle Fertigwaren[3])			
17. Produktionsmittel	113,1	113,2	+ 0,1
18. Konsumgüter	128,5	129,1	+ 0,5
Industr. Fertigwaren zusammen	121,9	122,3	+ 0,3
Gesamtkennzahl	104,3	104,4	+ 0,1

Die für den 7. Oktober berechnete Kennzahl der Großhandelspreise ist gegenüber der Vorwoche wenig verändert (+ 0,1 v. H.). Von den Hauptgruppen ist die Kennzahl für Agrarstoffe zurückgegangen, während die Kennzahl für industrielle Rohstoffe und Halbwaren und für industrielle Fertigwaren etwas angezogen hat.

Der Rückgang der Kennzahl für pflanzliche Nahrungsmittel ist durch die Herabsetzung der Preise für Kartoffelspiritus und den Uebergang zu den Verbrauchszuckerpreisen für das neue Wirtschaftsjahr verursacht; die Preise für Brotgetreide und Weizenmehl (monatliche Staffelung der Preise) sowie für Hopfen haben sich erhöht. An den Schlachtviehmärkten sind die Preise für Kälber und Schafe zurückgegangen. In der Gruppe Futtermittel wurde eine Erhöhung der Preise für Futtergetreide durch einen Rückgang der Preise für Trockenschnitzel nahezu ausgeglichen.

An den Kolonialwarenmärkten sind die Preise für Kakao und Margarineöle gestiegen; die Preise für Vanille sind gesunken.

Die Erhöhung der Kennzahl für Kohle ist jahreszeitlich bedingt. Von den Nichteisenmetallen haben Kupfer, Zink und die zugehörigen Halbfabrikate im Preis nachgegeben, während sich die Preise für Blei und Zinn erhöht haben. An den Textilmärkten haben die Preise für Baumwolle und zum Teil auch für Baumwollgarn und ausländische Wolle (Kapwolle) etwas angezogen. In der Gruppe Häute und Leder lagen die Preise für Treibriemenleder und teilweise auch für Unterleder höher als in der Vorwoche. Die Steigerung der Kennzahl für künstliche Düngemittel ist auf die jahreszeitliche Staffelung der Kalipreise zurückzuführen.

In der Kennzahl für industrielle Fertigwaren wirkten sich vor allem weitere Preiserhöhungen für Textilwaren aus.

[1]) Monatsdurchschnitt August. — [2]) Monatsdurchschnitt September. — [3]) Die wöchentliche Kennzahl der Fertigwarenpreise gibt die von einem Viertel der Berichtsstellen in der Berichtswoche gemeldete Veränderung der Preise gegenüber dem Stand vor einem Monat wieder; sie lässt nur die jeweilige Monatstendenz der Preise erkennen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.